

Pressemitteilung

LandesSchülerRat zur Landtagswahl: Digitalisierung

Dresden, 17. Juli 2024. Anlässlich der anstehenden Landtagswahl am 1. September hat der LandesSchülerRat Sachsen ein Forderungspapier veröffentlicht, in dem er dem neuen Sächsischen Landtag und der neuen Staatsregierung bildungspolitische Forderungen für die nächsten 5 Jahre stellt. Der Ausbau der Digitalisierung ist Teil dieses Forderungspapiers.

»Die digitalisierte Welt ist die Lebensrealität der Schüler*innen. Daher hat die Schule die Aufgabe, den Schüler*innen den Umgang mit digitalen Medien beizubringen. Die entscheidende Voraussetzung dazu ist, dass alle Schulen entsprechend digital ausgestattet werden«, erklärt Amy KIRCHHOFF, Vorsitzende des LSR Sachsen.

Es braucht die infrastrukturellen Grundlagen, wie eine stabile Internetanbindung. Zudem muss allen Schüler*innen, die im Unterricht digital mitarbeiten wollen, ein digitales Endgerät durch den Freistaat Sachsen bereitgestellt werden.

»Die infrastrukturellen Grundlagen sind die Voraussetzung für die weiteren Schritte der Digitalisierung. Die Verantwortung, digitale Endgeräte anzuschaffen, darf nicht bei den Familien liegen, wie es jetzt in vielen Schulen mit einem 'Bring your own device'-Konzept ist, sondern muss durch den Freistaat Sachsen übernommen werden«, fordert KIRCHHOFF.

Eine weitere Grundlage sind die digitalen Anwendungen für die Schüler*innen. Dabei müssen die Kapazitäten und Möglichkeiten von LernSax ausgebaut werden. Dabei sollten vor allem die Wünsche von Schüler*innen und Lehrkräften berücksichtigt werden.

»Zusätzlich müssen die Lehrkräfte kompetente Ansprechpersonen für digitale Medien sein. Dabei sieht man einen erheblichen Nachbesserungsbedarf. Den Lehrkräften sollten Fortbildungsangebote zum digitalisierten Unterricht gemacht werden«, so KIRCHHOFF.

»Grundsätzlich brauchen die Schulen Unterstützung bei der Umsetzung der Digitalisierung. Durch eine IT-Administrationsstelle muss den Schulen Fachpersonal bereitgestellt werden. Die Lehrkräfte müssen vor allem bei Fragen der IT-Administration entlastet werden. Entsprechendes Fachpersonal bereitzustellen, liegt in der Verantwortung des Freistaates Sachsen«, schließt KIRCHHOFF.